

RUBEN MARTINI

Der persönliche
Körperschaftsteuer-
tatbestand

*Veröffentlichungen zum
Steuerrecht*

1

Mohr Siebeck

Veröffentlichungen zum Steuerrecht

herausgegeben von
Joachim Englisch, Heike Jochum
und André Meyer

1



Ruben Martini

Der persönliche Körperschaftsteuertatbestand

Eine rechtsvergleichend-historische Analyse der
Bestimmung von eigenständig steuerpflichtigen
Personenvereinigungen

Mohr Siebeck

Ruben Martini, geboren 1982; Studium der Rechtswissenschaft in Heidelberg und Lund sowie der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre in Hagen; 2009 Erste juristische Prüfung und Abschluss als Diplom-Kaufmann; 2009–2013 akademischer Mitarbeiter am Institut für Finanz- und Steuerrecht der Universität Heidelberg; 2011–2013 Referendariat am Landgericht Heidelberg; 2013 Zweite juristische Staatsprüfung und Eintritt in die Justiz Rheinland-Pfalz; seit 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesfinanzhof.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungsfonds Wissenschaft der VG Wort.

ISBN 978-3-16-154149-0 / eISBN 978-3-16-162896-2 unveränderte eBook-Ausgabe 2024
ISSN 2509-3347 (Veröffentlichungen zum Steuerrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von le-tex in Leipzig gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Geleitwort zu dieser Reihe und zu diesem Buch

Das Steuerrecht ist öffentliches Eingriffsrecht von großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Relevanz; es durchdringt alle Lebensbereiche und knüpft dabei vielfach an zivilrechtlich vorstrukturierte und gestaltete Vorgänge an. Dessen ungeachtet folgt es einer eigenständigen Teleologie, ist darüber hinaus Untersuchungsgegenstand nicht nur der Steuerrechtswissenschaft, sondern zahlreicher weiterer wissenschaftlicher Disziplinen, und zudem rechtspolitisch ein von hoher Dynamik geprägtes Rechtsgebiet. Grundlegende, nicht selten von der tagespolitischen Diskussion überdeckte Probleme zu identifizieren, sie in den Gesamtkontext der Steuerrechtswissenschaft einzuordnen, sie methodisch wie auch verfassungsrechtlich rückzubinden und zukunftsweisende Lösungsansätze zu entwickeln, stellt deshalb eine besondere Herausforderung dar. Arbeiten, die steuerrechtswissenschaftlichen Forschungsfragen in dieser Weise auf den Grund gehen, bietet die Reihe eine gemeinsame Plattform. Willkommen sind Arbeiten mit öffentlich-rechtlichem, privatrechtlichem oder auch strafrechtlichem Hintergrund, doch ist die Reihe auch offen für interdisziplinäre Ansätze, vornehmlich aus dem Bereich der Wirtschaftswissenschaften, der Soziologie und der Politikwissenschaften.

Die vorliegende Arbeit entwickelt sachgerechte Kriterien für Gesetzgebung und Rechtsanwendung zur Bestimmung steuerpflichtiger Personenvereinigungen im Spannungsfeld zivilrechtlicher Vorstrukturierung und steuerrechtsautonomer Wertungen. Sie hinterfragt Bestand und Perspektiven unilateraler Regelungen der Steuersubjektivität. Dazu bedient sich der Verfasser einer historisch-rechtsvergleichenden Analyse in Bezug auf die Referenzstaaten Deutschland, Niederlande und USA. Hierbei beschreitet er einen hochinnovativen Weg, indem er den Ansatz der multivariaten Analyse für die Steuerrechtsvergleiche fruchtbar macht und so eine Methode zur Anwendung bringt, die auf quantitativ-formelhaften Elementen fußt. Es gelingt ihm auf diese Weise, Ergebnisse herauszuarbeiten, die für die Forschung im Steuerpersonenrecht von grundsätzlicher und weiterführender Bedeutung sind. Die vom Verfasser zugrunde gelegte Methodik und die von ihm gewonnenen Erkenntnisse verleihen seiner Arbeit den Charakter eines Grundlagenwerkes, das wir mit großer Freude als Auftaktband für unsere Reihe ausgewählt haben.

Die Herausgeber

Vorwort

Dieses Buch wurde von der juristischen Fakultät der Universität Heidelberg im Mai 2015 als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur wurden bis Ende 2015 – vereinzelt auch darüber hinaus – berücksichtigt.

Mein besonderer Dank gilt meinem hoch geschätzten Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Ekkehart Reimer, der mir nicht nur in inhaltlicher und zeitlicher Hinsicht die notwendigen Freiheiten gegeben hat, sondern die Arbeit auch mit steter Diskussionsbereitschaft fachlich gefördert hat. Die Zeit am Institut für Finanz- und Steuerrecht möchte ich sowohl aus fachlicher als auch aus persönlicher Sicht nicht missen.

Herrn Prof. Dr. Andreas Piekenbrock gebührt Dank für die überaus zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Seine wertvollen Hinweise und Anregungen habe ich gerne angenommen. Dank gilt auch Herrn prof. mr. E.C.C.M. Kemmeren. Ohne die von ihm ermöglichten Forschungsaufenthalte an der Universität Tilburg wäre die Einbeziehung des niederländischen Rechts in den Rechtsvergleich nicht möglich gewesen. Herrn Prof. Stephen B. Cohen danke ich für seine Anregungen zur rechtsvergleichenden Methodik.

Besonderer Dank gilt dem Deutschen wissenschaftlichen Institut der Steuerberater e. V., das die Arbeit mit seinem Förderpreis 2015 ausgezeichnet hat, sowie dem Bonner Verein zur Förderung der Steuerrechtswissenschaft für die Verleihung des Hans Flick-Ehrenpreises 2015. Ebenso danke ich der *European Association of Tax Law Professors* für die *honorable mention* im Rahmen des *European Academic Tax Thesis Award* 2016. Für die Übernahme der Druckkosten danke ich dem Förderungsfonds Wissenschaft der VG WORT GmbH.

Frau Prof. Dr. Heike Jochum, Mag. rer. publ., Herrn Prof. Dr. Joachim Englisch und Herrn Prof. Dr. André Meyer, LL.M., danke ich für die Aufnahme in die Veröffentlichungen zum Steuerrecht.

Leimen im Mai 2016

Ruben Martini

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XIX
<i>A. Einleitung</i>	1
I. Forschungsstand	5
II. Gang der Untersuchung	9
<i>B. Methodik der Steuerrechtsvergleichung</i>	11
I. Fremdrechtskunde	12
II. Textvergleich und Funktionalismus	13
III. Methodenverzweigung	15
IV. Die Elastizitätsanalyse als multivariate Methode	17
<i>C. Schlussfolgerungen für den Vergleich des persönlichen Körperschaftsteuertatbestands</i>	35
I. Zielsetzung der Analyse	35
II. Abhängige Variable: eigenständige Steuerpflicht von Personenvereinigungen	36
III. Einflussgrößen	42
IV. Auswahl der Rechtsordnungen	44
<i>D. Deutschland</i>	47
I. Materielles Vereinigungsrecht	47
II. Kollisionsrecht	73
III. Persönlicher Steuertatbestand	82
<i>E. Niederlande</i>	249
I. Materielles Vereinigungsrecht	249
II. Kollisionsrecht	259
III. Persönlicher Steuertatbestand	260
<i>F. USA</i>	291
I. Materielles Vereinigungsrecht	292
II. Kollisionsrecht	308
III. Persönlicher Steuertatbestand	308

<i>G. Mechanismen zur Bestimmung der eigenständigen Steuerpflicht . . .</i>	337
I. Textvergleich: Systematisierung der Mechanismen	337
II. Elastizitätsanalyse	383
<i>H. Folgerungen für den deutschen Körperschaftsteuertatbestand</i>	415
I. Unbeschränkte Steuerpflicht	415
II. Beschränkte Steuerpflicht	422
<i>I. Ergebnisse in Thesenform</i>	423
Anhang 1: Gesetzestexte	427
Anhang 2: Ergebnisse der Elastizitätsanalyse in Tabellenform	441
Literaturverzeichnis	445
Sachregister	461

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
<i>A. Einleitung</i>	1
I. Forschungsstand	5
1. Steuerliche Einordnungsmechanismen	5
2. Methodik des Steuerrechtsvergleichs	8
II. Gang der Untersuchung	9
<i>B. Methodik der Steuerrechtsvergleichung</i>	11
I. Fremdrechtskunde	12
II. Textvergleich und Funktionalismus	13
III. Methodenverzweigung	15
IV. Die Elastizitätsanalyse als multivariate Methode	17
1. Multivariate Analysen als Herausforderung für die Rechtsvergleichung	17
2. Mathematische Elastizität	19
3. Übertragung des Denkmodells der Elastizität auf die Rechtsvergleichung	21
a) Abhängige Variable	22
b) Einflussgröße	24
c) Einzelne Elastizitäten	25
aa) Exogene und endogene Veränderungen der abhängigen Variablen	27
bb) Identität der abhängigen Variablen	29
d) Systematisierung und Verwendung der Ergebnisse	30
<i>C. Schlussfolgerungen für den Vergleich des persönlichen Körperschaftsteuertatbestands</i>	35
I. Zielsetzung der Analyse	35
II. Abhängige Variable: eigenständige Steuerpflicht von Personenvereinigungen	36
1. Definition der Personenvereinigung	36
2. Eigenständige Steuerpflicht	38

III. Einflussgrößen	42
1. Materielle Abgrenzbarkeit von Personengesellschaften und Körperschaften	42
2. Kollisionsrecht	43
IV. Auswahl der Rechtsordnungen	44
<i>D. Deutschland</i>	47
I. Materielles Vereinigungsrecht	47
1. Personengesellschaften	48
a) GbR	49
b) oHG	53
c) KG	55
d) Partnerschaft	58
2. Kapitalgesellschaften	58
a) AG	59
b) SE	61
c) GmbH	63
d) KGaA	65
e) Vorgesellschaften	67
3. Vereine	68
a) Rechtsfähiger Verein	69
b) Nichtrechtsfähiger Verein	70
aa) Nichtrechtsfähiger Idealverein	71
bb) Nichtrechtsfähiger wirtschaftlicher Verein	72
II. Kollisionsrecht	73
1. Sachrechtliche Anforderungen an den Verwaltungssitz	74
2. Unionsrechtlich gebotene Anknüpfung an den Satzungssitz	76
3. Verbliebener Anwendungsbereich der kollisionsrechtlichen Sitztheorie	80
III. Persönlicher Steuertatbestand	82
1. Historische Entwicklung	83
a) Preußische Gewerbesteuer- und Einkommensteuergesetze	84
aa) Gewerbesteuer für Aktien- und ähnliche Gesellschaften 1857	85
bb) Kommunalabgabenänderungsgesetz 1885	87
cc) EStG 1891	89
dd) EStG 1906	91
b) WürttEStG 1903	92
c) Kriegssteuergesetze	94
d) KStG 1920	95
aa) Anknüpfung an die Rechtspersönlichkeit	95
bb) Nichtrechtsfähige Personenvereinigungen	96
cc) Ausländische Vereinigungen	98
dd) Tarifzuschlag für Erwerbsgesellschaften	98

e) KStG 1925	99
aa) Erwerbsgesellschaften als Gruppe von Steuersubjekten	100
bb) Sonstige Steuersubjekte	101
cc) Abgrenzung zur transparenten Besteuerung	102
dd) Ausländische Vereinigungen	103
f) KStG 1934	105
aa) Vereinigungen deutschen Rechts	106
(1) Anknüpfung an die Gesellschaftsform	106
(2) Anknüpfung an die Rechtspersönlichkeit	107
(3) Nichtrechtsfähige Vereine	108
bb) Subsidiarität zur transparenten Besteuerung	109
cc) Vereinigungen ausländischen Rechts	111
(1) Unbeschränkte Steuerpflicht	111
(2) Beschränkte Steuerpflicht	112
dd) Verordnungsmächtigung zur Erweiterung des persönlichen Tatbestandes	113
2. Heutige Regelungen	115
a) Originär deutsche Vereinigungen	116
aa) Anknüpfung an die Gesellschaftsform	117
(1) Abschließender und zwingender Charakter	117
(2) Vorgesellschaften	120
(a) Fehlende personelle Identität	121
(b) Statutenidentität	122
(c) Problematik der fehlenden Rechtspersönlichkeit	124
(d) Unehchte Vorgesellschaften	126
bb) Anknüpfung an die Rechtspersönlichkeit	128
cc) Nichtrechtsfähige Vereine	129
b) Nicht originär deutsche Vereinigungen	130
aa) Für das Steuerrecht maßgebliches Gesellschaftsstatut	131
(1) Fälle eines ausländischen Gesellschaftsstatuts	132
(a) Gründungstheorie	132
(b) Sitztheorie	133
(2) Unterscheidung in echten und unechten Typenvergleich	135
bb) Echter Typenvergleich	136
(1) Bedeutung der ausländischen Rechtspersönlichkeit	137
(a) Historisch-systematischer Ausgangspunkt	139
(aa) Unbeschränkte Steuerpflicht	139
(bb) Beschränkte Steuerpflicht	141
(b) Keine einheitliche (Vor-)Wertung durch ausländische Zivilgesetzgeber	144
(c) Keine ausdrückliche gesetzliche Grundlage für die Anerkennung ausländischer Wertungen	147
(d) Unionsrechtliche Gebotenheit einer Anerkennung im materiellen Sinn	149

(e)	Formelle Rechtspersönlichkeit keine notwendige Bedingung	157
(aa)	Tendenz der Rechtsprechung	158
(bb)	Fehlender Aussagegehalt einer notwendigen Bedingung	158
(cc)	Einfluss der §§ 1 Abs. 1 Nr. 5, 2 Nr. 1 Fall 2 KStG	159
(f)	Ergebnis: Ausschließlich materielle Akzessorietät im Sinne einer Statutenvergleichbarkeit	162
(aa)	Wandel der Statutenidentität zum Statutenvergleich	162
(bb)	Referenzobjekt als Typus	164
(cc)	Abgrenzung zum wirtschaftlichen Vergleich des RFH	165
(2)	Einfluss der Dispositivität des Gesellschaftsrechts	167
(3)	Der Statutenvergleich im Rahmen des § 1 Abs. 1 KStG	171
(a)	Tatbestandliche Anknüpfungsmöglichkeiten	171
(b)	§ 1 Abs. 1 Nr. 4 KStG (juristische Personen des privaten Rechts)	173
(aa)	Berücksichtigung sämtlicher Körperschaften des deutschen Zivilrechts	173
(bb)	Die einzelnen Kriterien	176
(cc)	Systematisierung	197
(c)	§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG (Kapitalgesellschaften)	199
(aa)	Die einzelnen Kriterien	200
(bb)	Systematisierung	209
(cc)	Sonderfall der KGaA	210
(4)	Der Statutenvergleich im Rahmen des § 2 Nr. 1 KStG	216
(a)	Verhältnis zu den Tatbeständen des § 1 Abs. 1 KStG	216
(b)	§ 2 Nr. 1 Fall 1 KStG (Körperschaften)	221
(c)	§ 2 Nr. 1 Fall 2 KStG (Personenvereinigungen)	222
cc)	Unechter Typenvergleich	223
(1)	Akzessorietät des Steuerrechts zum Gesellschaftskollisionsrecht	223
(2)	Akzessorietät zur Rechtspersönlichkeit	228
(3)	Zivilrechtliche Abgrenzung zwischen nichtrechtsfähigen Vereinen und Personengesellschaften	232
c)	Subsidiarität zur transparenten Besteuerung	234
aa)	Verhältnis zu §§ 1 und 2 KStG	235
(1)	Keine steuerpflichtbegründende Wirkung	235
(2)	Verhältnis zu § 1 Abs. 1 Nr. 5 Fall 1 KStG	239
bb)	Unmittelbare Besteuerung bei einem anderen Steuersubjekt	241
(1)	Bestehen einer Gesellschaft	242
(2)	Mitunternehmerstellung	245

<i>E. Niederlande</i>	249
I. Materielles Vereinigungsrecht	249
1. Personengesellschaften	250
a) Maatschap	250
b) Vennootschap onder firma	251
c) Commanditaire vennootschap	253
2. Kapitalgesellschaften	254
a) Besloten vennootschap	254
b) Naamloze vennootschap	257
3. Verenigingen	257
II. Kollisionsrecht	259
III. Persönlicher Steuertatbestand	260
1. Historische Entwicklung	260
a) Wet op het regt van patent 1819	261
b) Wet op de belasting op bedrijfs- en andere inkomsten 1893	262
c) Wet Inkomstenbelasting 1914	263
d) Wet op de oorlogswinstbelasting 1916	264
e) Wet op de dividend- en tantième-belasting 1917	265
f) Besluit op de winstbelasting 1940	266
g) Besluit op de vennootschapsbelasting 1942	268
2. Heutige Regelungen	269
a) Ansässigkeit	270
b) Vereinigungen niederländischen Rechts	272
aa) Anknüpfung an die Vereinigungsform	272
(1) BV und NV	272
(2) Vereinigungen und ähnliche Gestaltungen	273
bb) Anknüpfung an den Gesellschafterwechsel	273
(1) Freie Übertragbarkeit	274
(2) Sachliche Begrenzung der Steuerpflicht	275
cc) Anknüpfung an die Kapitalaufteilung	275
(1) Begriff der Anteile	275
(2) Ungeschriebene Voraussetzungen	276
(a) Freie Übertragbarkeit	277
(b) Allgemeine Kriterien	278
(3) Anwendungsbereich im innerstaatlichen Fall	278
dd) Anknüpfung an die Rechtspersönlichkeit	279
c) Vereinigungen ausländischen Rechts	279
aa) Formellgesetzliche Vorgaben	280
bb) Ausformung durch die Finanzverwaltung	281
(1) Beschluss vom 18.09.1997	282
(2) Beschluss vom 18.12.2004	284
(3) Beschluss vom 11.12.2009	287

<i>F. USA</i>	291
I. Materielles Vereinigungsrecht	292
1. Partnerships	292
a) General partnership	293
b) Limited partnership	295
c) Limited liability partnership	298
d) Limited liability limited partnership	300
2. Corporations	301
a) Übergreifende Merkmale	301
b) Close corporations	305
3. Limited liability companies	306
4. Joint-stock companies	307
II. Kollisionsrecht	308
III. Persönlicher Steuertatbestand	308
1. Historische Entwicklung	309
a) Internal Revenue Act 1864	309
b) Income Tax Act 1894	310
c) Special Excise Tax on Business of Corporations 1909	311
d) Revenue Act 1913	313
e) Revenue Act 1918	314
2. Heutige Regelungen	314
a) Formellgesetzlicher Grundtatbestand	315
b) Ausformung durch Rechtsprechung und Verwaltung	316
aa) Corporate resemblance test	317
bb) Kintner-Regulations	319
(1) Fortdauernde Existenz	320
(2) Zentralisierung der Geschäftsführung	322
(3) Haftungsbeschränkung	324
(4) Freie Übertragbarkeit der Anteile	325
(5) Zusätzliche Merkmale	327
(6) Einordnung ausländischer Gesellschaften	328
cc) Check-the-Box	329
(1) Business entity	329
(2) Per-se corporations	331
(3) Wahlrecht	332
c) Formellgesetzliches Wahlrecht	333
d) Zwingende Zuordnungen	334
aa) Corporations	334
bb) Publicly traded partnerships	335
<i>G. Mechanismen zur Bestimmung der eigenständigen Steuerpflicht</i>	337
I. Textvergleich: Systematisierung der Mechanismen	337
1. Vereinigungen inländischen Rechts	338
a) Formelle Zivilrechtsakzessorietät	338

aa) Umfassende Akzessorietät	339
bb) Partielle Akzessorietät	343
b) Materielle Kriterien	350
aa) Materielle Zivilrechtsakzessorietät	350
(1) Unmittelbare Zivilrechtsakzessorietät	350
(2) Mittelbare Zivilrechtsakzessorietät	358
bb) Tatsächliche Kriterien	360
(1) Schlicht tatsächliche Kriterien	361
(2) Wahlrechte	365
2. Besonderheiten bei Vereinigungen ausländischen Rechts	367
a) Formelle Zivilrechtsakzessorietät	368
b) Materielle Kriterien	370
aa) Materielle Zivilrechtsakzessorietät	371
bb) Tatsächliche Kriterien	377
c) Akzessorietät zu ausländischem Steuerrecht	378
3. Idealtypisches System	378
a) Zivilrechtsakzessorische Mechanismen	379
b) Tatsächliche Kriterien	382
II. Elastizitätsanalyse	383
1. Elastizität zur materiellen Abgrenzbarkeit der Vereinigungsgruppen	384
a) Numerische Umsetzung der Einflussgröße	384
b) Umfassende formelle Zivilrechtsakzessorietät	389
aa) Numerische Umsetzung	389
bb) Ergebnis	392
c) Partielle formelle Zivilrechtsakzessorietät	392
aa) Numerische Umsetzung	393
bb) Ergebnis	395
d) Materielle Zivilrechtsakzessorietät	396
aa) Numerische Umsetzung	396
bb) Ergebnis	399
e) Tatsächliche Kriterien	401
aa) Numerische Umsetzung	401
bb) Ergebnis	402
f) Systematisierung	402
2. Elastizität zum Kollisionsrecht	404
a) Numerische Umsetzung der Einflussgröße	405
b) Formelle Akzessorietät	407
aa) Numerische Umsetzung	407
bb) Ergebnis	408
c) Materielle Zivilrechtsakzessorietät	408
aa) Numerische Umsetzung	409
bb) Ergebnis	411
d) Tatsächliche Kriterien	412
aa) Numerische Umsetzung	412
bb) Ergebnis	413
e) Systematisierung	413

<i>H. Folgerungen für den deutschen Körperschaftsteuertatbestand</i> . . .	415
I. Unbeschränkte Steuerpflicht	415
1. Erweiterung des § 1 Abs. 1 Nr. 5 KStG auf Personenvereinigungen . . .	417
2. Verlagerung des Typenvergleichs in den sachlichen Tatbestand	421
II. Beschränkte Steuerpflicht	422
<i>I. Ergebnisse in Thesenform</i>	423
Anhang 1: Gesetzestexte	427
Anhang 2: Ergebnisse der Elastizitätsanalyse in Tabellenform	441
Literaturverzeichnis	445
Sachregister	461

Abkürzungsverzeichnis

Abl.	Amtsblatt
Abschn.	Abschnitt
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte(r) Fassung
AG	Aktiengesellschaft <i>oder</i> Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AWR	<i>Algemene Wet inzake Rijksbelastingen</i>
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BB	Betriebs-Berater <i>oder</i> <i>Beslissingen in Belastingzaken</i> (Entscheidungssammlung Niederlande bis 1953)
Bd.	Band
Besl. Vpb	<i>Besluit op de Vennootschapsbelasting 1942</i>
Besl. WB	<i>Besluit op de Winstbelasting 1940</i>
BewG	Bewertungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des BFH
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMF	Bundesminister der Finanzen, Bundesministerium der Finanzen
BNB	<i>Beslissingen in Belastingzaken, Nederlandse Belastingrechtspraak</i> (Entscheidungssammlung Niederlande ab 1953)
B. R.	<i>Bankruptcy Reporter</i> (Entscheidungssammlung Vereinigte Staaten)
bspw.	beispielsweise
BStBl.	Bundessteuerblatt
B. T. A.	<i>Reports of the United States Board of Tax Appeals</i> (Entscheidungssammlung Vereinigte Staaten)
B'T-Drs.	Bundestags-Drucksache
BV	<i>besloten vennootschap met beperkte aansprakelijkheid</i>
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BW	<i>Burgerlijk Wetboek</i>
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise

cap.	<i>chapter</i>
C. B.	<i>Cumulative Bulletin</i>
ch.	<i>chapter</i>
cl.	<i>clause</i>
CV	<i>commanditaire vennootschap</i>
Drs.	Drucksache
DStJG	Veröffentlichungen der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
dt.	deutsch
ε	Elastizität
EAS	Express-Antwort-Service der österreichischen Finanzverwaltung
EATLP	European Association of Tax Law Professors
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
ErbStG	Erbschaftsteuergesetz
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
f., ff.	folgende
F.	<i>Federal Reporter</i> (Entscheidungssammlung Vereinigte Staaten)
F. 2d	<i>Federal Reporter – Second Series</i> (Entscheidungssammlung Vereinigte Staaten)
FG	Finanzgericht
Fn.	Fußnote
FR	Finanzrundschau Ertragsteuerrecht (Zeitschrift)
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GP	<i>general partnership</i>
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
IBFD	International Bureau of Fiscal Documentation
IFA	International Fiscal Association
i. G.	in Gründung
IPrax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)
I. R. B.	<i>Internal Revenue Bulletin</i>
IRC	<i>Internal Revenue Code</i>
IRS	<i>Internal Revenue Service</i>
IStR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
i. V. m.	in Verbindung mit
IWB	Internationale Wirtschaftsbriefe (Zeitschrift)
JbFStR	Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristen-Zeitung
KAbgÄndG	Kommunalabgabenänderungsgesetz
K. B.	<i>King's Bench</i> (Entscheidungssammlung Vereinigtes Königreich)
KG	Kommanditgesellschaft <i>oder</i> Kammergericht

KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KSt	Körperschaftsteuer
KStG	Körperschaftsteuergesetz
LG	Landgericht
lit.	<i>littera</i> (Buchstabe, Buchstaben)
LLC	<i>limited liability company</i>
LLP	<i>limited liability partnership</i>
LLLP	<i>limited liability limited partnership</i>
LP	<i>limited partnership</i>
MA	Musterabkommen
Mass.	<i>Massachusetts Supreme Judicial Court Reports</i> (Entscheidungssammlung Vereinigte Staaten)
MBCA	<i>Model Business Corporation Act</i>
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Minn.	<i>Minnesota Reports</i> (Entscheidungssammlung Vereinigte Staaten)
Min. Res.	<i>Uitvoeringsbeschikking</i> (Verwaltungsanweisungen Niederlande)
MvT	<i>Memorie van Toelichting</i> (Gesetzesbegründung Niederlande)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NCCUSL	<i>National Conference of Commissioners on Uniform State Laws</i>
N. E.	<i>North Eastern Reporter</i> (Entscheidungssammlung Vereinigte Staaten)
NJ	<i>Nederlandse Jurisprudentie</i> (Entscheidungssammlung Niederlande)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report
no.	<i>number</i>
Nr.	Nummer
nrkr.	nicht rechtskräftig
NRW	Nordrhein-Westfalen
NV	<i>naamloze vennootschap</i>
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungs-Report
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OECD	<i>Organisation for Economic Co-operation and Development</i>
OFD	Oberfinanzdirektion
ÖStZ	Österreichische Steuerzeitung
ÖStZB	Österreichische Steuerzeitung-Beilage
OFH	Oberster Finanzgerichtshof
oHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
Pr	preußisch(es)
P. 2d	<i>Pacific Reporter – Second Series</i> (Entscheidungssammlung Vereinigte Staaten)
Q. B.	<i>Queen’s Bench</i> (Entscheidungssammlung Vereinigtes Königreich)
Rdnr.	Randnummer
RdW	Recht der Wirtschaft (Zeitschrift Österreich)
RFH	Reichsfinanzhof
RFHE	Sammlung der Entscheidungen und Gutachten des Reichsfinanzhofs
RG	Reichsgericht
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidung des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
rkr.	rechtskräftig
RP	Rheinland-Pfalz
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung

RStBl.	Reichssteuerblatt
RV	Reichsverfassung
S.	Seite
S. C.	<i>Court of Session Cases</i>
S. Ct.	<i>Supreme Court Reporter</i> (Entscheidungssammlung Vereinigte Staaten)
SE	<i>Societas Europaea</i> (Europäische Aktiengesellschaft)
S. E.	<i>South Eastern Reporter</i> (Entscheidungssammlung Vereinigte Staaten)
SEAG	SE-Ausführungsgesetz
Sec.	<i>Section</i>
SEStEG	Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
sog.	sogenannte(r)
StAnpG	Steueranpassungsgesetz
S. T. C.	<i>Simon's Tax Cases</i> (Entscheidungssammlung Vereinigtes Königreich)
StuB	Unternehmensteuern und Bilanzen (Zeitschrift)
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
SWI	Steuer und Wirtschaft International (Zeitschrift Österreich)
S. W. 2d	<i>South Western Reporter – Second Series</i> (Entscheidungssammlung Vereinigte Staaten)
T. C.	<i>United States Tax Court Reports</i> (Entscheidungssammlung Vereinigte Staaten)
Tz.	Teilziffer
u. a.	und andere/anderes <i>oder</i> unter anderem
UG	Unternehmergesellschaft
ULLCA	<i>Uniform Limited Liability Company Act</i>
ULPA	<i>Uniform Limited Partnership Act</i>
UPA	<i>Uniform Partnership Act</i>
US	<i>United States</i>
U. S.	<i>United States Reports</i> (Entscheidungssammlung Vereinigte Staaten)
usw.	und so weiter
v.	vom/von <i>oder</i> versus
v. a.	vor allem
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen
vgl.	vergleiche
V-N	<i>Vakstudie-Nieuws</i> (Zeitschrift Niederlande)
VO	Verordnung
VOF	<i>vennootschap onder firma</i>
VwGH	österreichischer Verwaltungsgerichtshof
WechselG	Wechselgesetz
<i>Wet DTB</i>	<i>Wet op de Dividend- en Tantiëmebelasting</i>
<i>Wet Vpb</i>	<i>Wet op de Vennootschapsbelasting</i>
WFR	<i>Weekblad fiscaal recht</i> (Zeitschrift Niederlande)
WL	Westlaw (juristische Datenbank Vereinigte Staaten)
WM	Wertpapier-Mitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WvK	<i>Wetboek van Koophandel</i>
z. B.	zum Beispiel
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZSt	Zeitschrift zum Stiftungswesen
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

A. Einleitung

Die Besteuerung von Einkommen erstreckte sich seit ihren Anfängen nicht nur auf natürliche Personen, sondern bezog in der Mehrzahl der Fälle auch nichtphysische Subjekte, insbesondere Personenvereinigungen, ein.¹ Die beiden Gruppen von Steuerpflichtigen stellen sich stark unterscheidende Anforderungen an die Komplexität des Steuerpersonenrechts. Für die natürlichen Personen ist der persönliche Anwendungsbereich sachlogisch vorgegeben, was eine gesonderte rechtliche Überformung des Sachverhaltes durch das Steuerrecht in weiten Teilen

¹ Schon Abschn. II der britischen Einkommensteuer v. 09.01.1799, 39 George III cap. 13 bezog sich auf „*every Body Politick or Corporate, or Company, Fraternity, or Society of Persons (whether Corporate or not Corporate)*“. Getrennt wurden Einkommensteuer und Körperschaftsteuer erst durch Sec. 46 ff. Finance Act, 1965 ch. 25.

Für die niederländischen Einkommensteuern des 19. Jahrhunderts siehe Anlage Nr. 9 zum niederländischen *Wet op het Regt van Patent* v. 21.05.1819, *Staatsblad* 1819, S. 337 Nr. 34 und Art. 1 Abs. 1 lit. b *Wet tot heffing eener belasting op bedrijfs- en andere inkomsten* v. 02.10.1893, *Staatsblad* 1893, S. 104 Nr. 149.

Für die Vorläufer der heutigen Körperschaftsteuer in den deutschen Staaten siehe für das 19. Jahrhundert § 1 Gesetz, die von den Eisenbahnen zu entrichtende Abgabe betreffend v. 30.05.1853, Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preussischen Staaten 1853, 449; § 1 Gesetz, betreffend die von Aktien- und ähnlichen Gesellschaften zu entrichtende Gewerbesteuer v. 18.11.1857, Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preussischen Staaten 1857, 849; § 2 lit. c Hs. 2 EStG v. 17.12.1874, Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen 1874, 121; § 4 Nr. 1 EStG v. 02.07.1878, Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen 1878, 129; Art. 5 lit. B EStG v. 20.06.1884, Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Großherzogthum Baden 1884, 321; § 3 Nr. 2, 4 EStG v. 14.05.1886, Gesetz-Sammlung für das Herzogthum Anhalt 1886, 167; § 2 Nr. 8, 9 EStG v. 27.05.1889, Sammlung der Lübecker Verordnungen und Bekanntmachungen 1889, 28; Art. 3 Nr. 1, 2 EStG v. 18.03.1890, Sammlung der landesherrlichen Verordnungen im Herzogthum Sachsen Meiningen 1890, 321; § 2 Nr. 3 EStG v. 16.06.1890, Gesetzssammlung für das Fürstenthum Reuß jüngerer Linie 1890, 289; § 1 Nr. 4, 5 EStG v. 24.06.1891, Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preussischen Staaten 1891, 175; § 2 Abs. 1 Nr. 5 EStG v. 14.01.1893, Gesetzssammlung für das Fürstenthum Reuß Aelterer Linie 1893, 1; § 2 Nr. 3, 4 EStG v. 25.03.1893, Gesetzssammlung für das Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt 1893, 61; § 3 Nr. 1 EStG v. 01.02.1894, Gesetz-Sammlung für das Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen 1894, 1; § 1 Nr. 2, 3 EStG v. 28.08.1894, Gesetz-Sammlung für das Fürstenthum Lippe 1894, 359; § 2 Nr. 5 EStG v. 24.04.1896, Herzoglich Sachsen-Altenburgische Gesetzssammlung 1896, 19; § 2 Nr. 4, 5 EStG v. 30.04.1896, Gesetz- und Verordnungs-Sammlung für das Herzogthum Braunschweig 1896, 113; § 4 Nr. 4–6 EStG v. 02.06.1897, Regierungs-Blatt für das Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach 1897, 99.

Für die Vereinigten Staaten siehe Sec. 32 des *Act to reduce taxation, to provide revenue for the Government and for other purposes (Income Tax Act)* v. 27.08.1894, *United States Statutes at Large* Bd. 28, 509, 553.

obsolet macht.² Die Besteuerung von Personenvereinigungen hingegen kann nicht auf eine solche faktische Vorstrukturierung der Realität aufbauen. Stets ergibt sich für diesen Teilbereich der Einkommensbesteuerung die Notwendigkeit, die der Steuer unterworfenen Gebilde mittels eines gesonderten Verfahrens zu bestimmen, das die faktisch bestehenden gemeinschaftlichen Tätigkeiten rechtlich strukturiert. Diese Funktion wird sowohl in historischer Perspektive als auch aus Sicht des geltenden Steuerpersonenrechts in weiten Teilen dem Zivilrecht übertragen. Dessen Vorstrukturierung gemeinschaftlicher Tätigkeiten in verschiedene rechtliche Organisationsformen wird für den persönlichen Steuertatbestand fruchtbar gemacht.³

In welchem Umfang die sich in der Zuordnung zu einer Vereinigungsform und in der Zuerkennung der Rechtspersönlichkeit abzeichnende Wertung des Zivilrechts aber in das Steuerrecht der Personenvereinigungen übernommen werden soll, ist seit jeher Gegenstand der steuerwissenschaftlichen Auseinandersetzung.⁴ Besonders deutlich wird die Problematik, wenn sich das nationale Steuerrecht nicht nur seiner eigenen Zivilrechtsordnung gegenüber sieht, sondern mit Gebilden ausländischen Rechts konfrontiert wird. In noch größerem Umfang als im rein innerstaatlichen Fall stellt sich in dieser Situation die Frage, ob das Zivilrecht die ihm übertragene Funktion der Vorstrukturierung gemeinschaftlicher Tätigkeiten im Einklang mit den steuerlichen Wertungen wahrnimmt.⁵

² Vgl. Art. 1 lit. a der niederländischen *Wet tot heffing eener inkomstenbelasting* v. 16. 12. 1914, *Staatsblad* 1914, S. 207 Nr. 563, wonach sich die unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen mit „*zij die binnen het Rijk wonen*“ bestimmten. Ähnlich Art. 1 EStG v. 19. 05. 1881, Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Bayern 1881, 441: „Wer ein Einkommen bezieht [...], unterliegt hierfür der Einkommensteuer [...].“

³ Besonders deutlich wird dies bei der Anknüpfung an die zivilrechtliche Bezeichnung als juristische Person, siehe schon Art. 2 Abs. 1 Nr. I WürttEStG v. 08. 08. 1903, Regierungsblatt 1903, Nr. 23 S. 261; vgl. auch § 2 lit. c Hs. 2 EStG v. 17. 12. 1874, Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen 1874, 121.

⁴ Siehe schon *D. Feitelberg*, Die Einkommensbesteuerung nichtphysischer (juristischer) Personen, 1900; aus der neueren Literatur *F. Salditt*, *StuW* 1971, S. 191 ff.; *C. Pereira de Rezende*, Generalbericht, *Cahiers de Droit Fiscal International* Bd. 74a (1989) – The disregard of a legal entity for tax purposes, S. 67; *M. v. Kempen*, Rechtspersoonlijkheid en belastingplicht van vennootschappen, 1999; *dies.*, Rechtspersoonlijkheid in het fiscale recht, in: P. Essers et al. (Hrsg.), *Met Recht: Verzamelde opstellen over privaot- en fiscaalrechtelijk ondernemingsrecht*, 2009, S. 245 ff. Vollständig von der konkreten zivilrechtlichen Einordnung löst sich das von *P. Kirchhof*, *Bundessteuergesetzbuch*, 2011, S. 15 f. und §§ 12 Abs. 1 Satz 2, 42 Fall 2 BStGB vorgeschlagene Konzept der steuerjuristischen Person.

⁵ Siehe für die steuerliche (Nicht-)Berücksichtigung der durch ausländisches Recht gewährten Rechtspersönlichkeit RFH v. 17. 04. 1925 – I A 92/24, RFHE 16, 212, 213; v. 12. 02. 1930 – VI A 899/27 „venezolanische KG“, RFHE 27, 73, 78; BFH v. 03. 02. 1988 – I R 134/84, BStBl. II 1988, 588, 590; v. 27. 07. 1988 – I R 130/84, BStBl. II 1989, 101, 102; v. 26. 08. 1993 – I R 44/92, BFH/NV 1994, 318, 319; *A. Raupach*, Der Durchgriff im Steuerrecht, 1968, S. 140; *L. Hintzen*, DStR 1971, S. 327, 331 f.; *B. Großfeld*, Basisgesellschaften im Internationalen Steuerrecht, 1974, S. 65; *L. Hintzen*, *StuW* 1974, S. 319, 326; *H.-J. Wurster*, *RIW* 1981, S. 679, 680; *W. Littich*, *ÖStZ* 1984, S. 62 ff.; *H. Debatin*, *BB* 1988, S. 1155, 1158; *A. Raupach*, Sitz und Geschäftsleitung – das Spannungsverhältnis zwischen Körperschaftsteuerrecht und Internationalem Privatrecht, in: R. Hausmann et al. (Hrsg.), *Steuergestaltung durch doppelt ansässige Gesellschaften?*, 1988,

Dieser Frage vorgelagert ist der Gegenstand der vorliegenden Untersuchung: die konkreten Methoden zur Bestimmung der steuerpflichtigen Personenvereinigungen. Es sind diese wenig beachteten und meist als gegeben hingegenommenen Scharniere zwischen Steuerrecht und Zivilrecht, die den Grad der Interaktion mit der zivilrechtlichen Vorstrukturierung und somit die Abhängigkeit oder die Unabhängigkeit der steuerlichen Wertung von den Einordnungsentscheidungen der anderen Teilrechtsordnung bestimmen. Das Körperschaftsteuerrecht kann sich in einem Extrem durch die Übernahme der Vereinigungsbezeichnung lückenlos an das Zivilrecht binden, im anderen Extrem etwa mit rein faktischen Merkmalen oder Wahlrechten aber auch eine vollständig originäre Entscheidung treffen. Zwischen diesen beiden Polen ist eine unbegrenzte Anzahl von Abstufungen denkbar. Erst wenn der Zusammenhang der verschiedenen Mechanismen, die zur Identifizierung der eigenständig steuerpflichtigen Vereinigungen eingesetzt werden, zum Zivilrecht bestimmt ist, die Abstufungen also in eine Reihung gebracht wurden, kann die übergeordnete Entscheidung, zu welchem Grad die Vorstrukturierung in das Steuerrecht übernommen werden soll, gesetzgeberisch präzise umgesetzt werden.

Die Beschränkung auf das gesetzgeberische Instrumentarium hat zur Folge, dass in Bezug auf die allgemeine Auseinandersetzung mit dem Verhältnis des Steuerrechts zum Zivilrecht eine beobachtende Perspektive eingenommen wird. Primäres Ziel einer auf die gesetzgeberische Umsetzung ausgerichteten Perspektive ist es nicht, Aussagen über den Einfluss des Steuerrechts auf Entscheidungen für und wider bestimmte zivilrechtliche Gestaltungen oder über die Übereinstimmung von steuerlichen und zivilrechtlichen Begriffen zu treffen.⁶

Die erste Frage betrifft die gesetzgeberische Entscheidung, welche Vereinigungen als eigenständig steuerpflichtig erklärt werden. Durch die reine Beobachtung der vorhandenen Mechanismen und ihrer Verknüpfung mit dem Zivilrecht wird diese Wertung nicht hinterfragt, sondern ist der vom Gesetzgeber zu wählende Maßstab für die Verwendung der gewonnenen Ergebnisse.

Die zweite Problematik der Begriffskongruenz bildet zwar die Grundlage für die nähere Bestimmung der Mechanismen, ist jedoch durch die auf jede einzelne Regelung gerichtete Mikroperspektive geprägt. Zur Bestimmung der

S. 63, 71; *F. Wassermeyer*, DSzJG 20 (1997), S. 83, 89; *T. Stewen*, FR 2007, S. 1047, 1054. Siehe für die Eignung der zivilrechtlichen Vorprägung zur typisierten Bemessung der Leistungsfähigkeit *U. Palm*, Person im Ertragsteuerrecht, 2013, S. 472 ff.

⁶ Für die Frage der Begriffsidentität siehe *E. Becker*, StuW 1939, Sp. 745 ff.; *W. Maaßen*, Privatrechtsbegriffe in den Tatbeständen des Steuerrechts, 1977; für die Rechtsformneutralität des Steuerrechts, die auch Aspekte der Bemessungsgrundlage einbezieht, siehe allgemein *E. Becker / M. Lion*, Referat zum 33. DJT 1925, S. 433 ff., 465 ff.; *J. Lang*, Entwurf eines Steuergesetzbuchs, 1993, S. 179; *U. Schreiber*, Die Duale Einkommensteuer: Zur Rechtsformabhängigkeit der Besteuerung, in: A. Oestreicher (Hrsg.), Reform der Unternehmensbesteuerung, 2007, S. 35 ff.; *F. Lauterbach*, Ein neues Unternehmenssteuerrecht für Deutschland?, 2008, S. 95 ff.; aus ökonomischer Sicht *T. Siegel*, Rechtsformneutralität – ein klares und begründetes Ziel, in: N. Winkeljohann et al. (Hrsg.), Rechnungslegung, Eigenkapital und Besteuerung – Festschrift Dieter Schneeloch, 2007, S. 271 ff.

genauen Ausformung der einzelnen Einordnungsmethoden ist durch Auslegung zu ermitteln, ob und wie weit eine zivilrechtliche Bezeichnung übernommen wird, dieses Ergebnis wird aber als Datum hingenommen; eine übergeordnete Systematik wird nicht angestrebt.

Die Untersuchung der einzelnen Einordnungsmechanismen kann sich nicht ausschließlich am geltenden deutschen Körperschaftsteuerrecht orientieren, bildet dieses doch nur einen sehr beschränkten Teilbereich der möglichen Ausprägungen ab. Die steuerpflichtigen Vereinigungen werden im innerstaatlichen Fall im Wesentlichen durch ihre statutarische Bezeichnung (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG) oder ihre Eigenschaft als juristische Person (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 KStG) bestimmt. Auf einzelne Merkmale der Vereinigung stützt sich die steuerliche Einordnung lediglich im grenzüberschreitenden Fall. Im Rahmen des in gewissen Grenzen frei wertenden Typenvergleichs wird ein Abgleich zu den Steuersubjekten des deutschen Rechts vorgenommen.⁷

Neben diesen Methoden ergibt sich in historischer und vergleichender Perspektive eine Vielzahl weiterer Möglichkeiten, die steuerliche Einordnungsentcheidung auszugestalten. Die Steuerpflicht ergibt sich zum Teil aus einem fest bestimmten Kreis von materiellen Eigenschaften der konkreten Vereinigung.⁸ Verwendung finden auch faktische Merkmale und Wahlrechte.⁹ Im grenzüberschreitenden Fall wird die steuerliche Behandlung im Ursprungsland herangezogen¹⁰ oder alle Personenvereinigungen ohne Ansehung ihrer Eigenschaften als eigenständig steuerpflichtig erklärt¹¹.

Zwar ist die historische und vergleichende Betrachtung der Mechanismen aufgrund der relativen Methodenarmut des geltenden deutschen KStG für einen umfassenden Überblick unerlässlich. Sie zieht jedoch die methodische Frage nach sich, wie der Rechtsvergleich präzise Aussagen über den Zusammenhang zwischen den Mechanismen und dem Zivilrecht treffen soll. Durch einen am rein steuerlichen Regelungstext orientierten Vergleich können zwar die verschiedenen Mechanismen in ihren Idealtypen herausgearbeitet werden, Aussagen über den Grad der erforderlichen Vorstrukturierung des Vereinigungsrechts lassen sich allein anhand dieser Ergebnisse jedoch nicht treffen. Dies ist erst möglich, wenn man die zivilrechtliche Umgebung der Norm in den Vergleich einbezieht.

⁷ Grundlegend zum Typenvergleich RFH v. 12. 02. 1930 – VI A 899/27 „venezolanische KG“, RFHE 27, 73, 75 ff.

⁸ So etwa die niederländische Einordnung ausländischer Vereinigungen nach dem Beschluss v. 11. 09. 2009 – CPP2009/519M, BNB 2010, 58; ebenso die US-amerikanische Vorgehensweise bis 1997, dazu § 301.7701–2 *Code of Federal Regulations*, Federal Register 1960, 10928.

⁹ So forderte bspw. § 1 Nr. 5 PrEStG 1891 für die Steuerpflicht von Konsumvereinen den Betrieb eines offenen Ladens. Für die Kombination eines Wahlrechts mit faktischen Merkmalen siehe das US-amerikanische *subchapter S* (§§ 1363 ff. IRC).

¹⁰ So der niederländische Beschluss v. 18. 09. 1997 – DG097/00417, BNB 1998, 15 Abschn. II.6.

¹¹ Etwa Art. 87 Abs. 1 lit. d des italienischen Testo Unico delle imposte sui redditi, Decreto del Presidente della Repubblica v. 22. 10. 1986, Nr. 917.

Ein auf zwei veränderlichen Größen fußender Rechtsvergleich muss sich aber mit der allgemeinen Problematik auseinandersetzen, wie die gefundenen Ergebnisse beherrschbar und interpretationsfähig gehalten werden können. Eine Lösung für diese vornehmlich durch das Medium der Sprache hervorgerufene Ungenauigkeit bietet die Unterfütterung durch numerische Elemente. Überträgt man das Konzept der mathematischen Elastizität, das die Reaktion einer abhängigen Variablen auf eine Einflussgröße misst, auf die Steuerrechtsvergleiche, lassen sich auch die Ergebnisse eines Vergleichs, der sowohl die steuerrechtlichen Mechanismen als auch deren zivilrechtliche Umgebung einbezieht, beherrschbar halten.

Das Ergebnis besteht aus einer empirisch-vergleichend fundierten Bestimmung des Zusammenhangs der verschiedenen im nationalen Recht zu beobachtenden Einordnungsmechanismen zu den jeweiligen zivilrechtlichen Determinanten. Es liefert einen strukturierten Methodenkanon, der es ermöglicht, die gesetzgeberische Vorstellung des Grades der Übernahme zivilrechtlicher Wertungen in das Steuerrecht präzise und ohne Einbußen der Funktionsfähigkeit der Regelung umzusetzen.

I. Forschungsstand

Die Notwendigkeit einer methodisch fundierten vergleichenden Betrachtung der Mechanismen zur Bestimmung eigenständig steuerpflichtiger Personenvereinigungen ist in zweifacher Hinsicht rechtfertigungsbedürftig. Zum einen ist die Betrachtung des persönlichen Steuertatbestandes für Vereinigungen in den aktuellen Forschungsstand einzuordnen. Zum anderen ist auch die zu entwickelnde Vergleichsmethodik in dem aktuellen Stand der Steuerrechtsvergleiche zu positionieren.

1. Steuerliche Einordnungsmechanismen

Im Bereich der steuerlichen Einordnung von Personenvereinigungen finden sich einige Ansätze, deren Perspektive überwiegend jedoch auf Personengesellschaften gerichtet ist. Deren Gegenstück, die Auseinandersetzung mit den Mechanismen zur Bestimmung eigenständig steuerpflichtiger Vereinigungen, wird dabei zwar als Negativkomponente relevant, bildet jedoch nicht den eigentlichen Untersuchungsgegenstand. Originär auf die körperschaftsteuerliche Seite der persönlichen Steuerpflicht von Vereinigungen sind ungleich weniger Untersuchungen ausgerichtet.

Aus der Perspektive der deutschen Personengesellschaften geht *Pinkernell* die Problematik der Gesellschaftsbesteuerung an. Der gewählte Untersuchungsgegenstand der Einkünftezurechnung ist jedoch eher auf die spezifische Proble-

matik der transparenten Besteuerung ausgerichtet denn auf die grundsätzliche Abgrenzung zur eigenständigen Steuerpflicht. Infolgedessen finden sich nur in Randbereichen Ausführungen zur persönlichen Einordnung von Vereinigungen.¹² Auch die vergleichenden Betrachtungen auf dem Gebiet des Steuerrechts der Personengesellschaften lassen den Widerpart der transparenten Besteuerung, die eigenständige Steuerpflicht, weitgehend außer Acht.¹³

Wird die Vereinigungsbesteuerung von der Seite der körperschaftlich organisierten Gebilde betrachtet, bleibt die Darstellung entweder dem nationalen Recht verhaftet, oder sie beschränkt sich auf Teilbereiche des persönlichen Tatbestandes. Zur ersten Gruppe zu zählen sind die Arbeiten von *Roosmalen*¹⁴ und *Stevens*¹⁵, die sich beide mit dem persönlichen Tatbestand der niederländischen Körperschaftsteuer beschäftigen und keine vergleichende Perspektive einnehmen. Ebenfalls auf die nationale Sicht beschränkt ist die Untersuchung von *Seer*¹⁶. Durch ihre Begrenzung auf die geschichtliche Entwicklung der GmbH-Besteuerung wird zudem der Fokus auf die an Einordnungsmethoden armen deutschen Steuergesetze gelegt.

Eine historisch-vergleichende Darstellung der Einordnung eigenständig körperschaftsteuerlicher Vereinigungen findet sich hingegen bei *Ruppe*.¹⁷ Er verbleibt jedoch der Fremdrechtskunde verhaftet, die der Rechtsvergleichung eine untergeordnete Rolle zuweist und ihr keine eigenständige Erkenntnisfunktion zuerkennt.¹⁸ Auch setzt *Ruppe* einen abweichenden Schwerpunkt. Bei der Betrachtung der Körperschaftsteuergesetze konzentriert er sich in erster Linie nicht auf die Auswahlmechanismen der persönlichen Tatbestände, sondern auf die – für die vorliegende Untersuchung als Axiom vorausgesetzte – systematische Rechtfertigung der in personeller Hinsicht zweifachen Abgabepflicht.¹⁹ Der persönliche Tatbestand hat für den von *Ruppe* gewählten Untersuchungsgegenstand nur im Zusammenhang mit dem Steuerobjekt Bedeutung.

¹² *R. Pinkernell*, Einkünftezurechnung bei Personengesellschaften, 2001, S. 130 ff.; ähnlich *D. Hallerbach*, Die Personengesellschaft im Einkommensteuerrecht, 1999.

¹³ *A. Daniels*, Issues in International Partnership Taxation, 1991; *A. Haelterman*, Fiscale transparantie – theorie en praktijk en België, 1992, S. 439 ff.; *J.-P. Le Gall*, Generalbericht, Cahiers de Droit Fiscal International Bd. 80a (1995) – International income tax problems of partnerships, S. 709 ff.; *J. Mittermaier*, Besteuerung von Personengesellschaften im Verhältnis USA–Deutschland, 1999; *T. Stevens*, Fiscale aspecten van de Commanditaire Vennootschap, 2002, S. 210 ff.; *J. A. Jones et al.*, BIFD 2002, S. 288 ff.; *B. Peeters*, Fiscale transparantie, 2011, S. 89 ff.

¹⁴ *J. J. G. v. Roosmalen*, De Binnenlandse Belastingplichtigen in het Besluit op de Vennootschapsbelasting 1942, 1965.

¹⁵ *S. Stevens*, Belastingplicht in de vennootschapsbelasting, 2009.

¹⁶ *R. Seer*, Die Entwicklung der GmbH-Besteuerung, 2005. Siehe auch *T. Brinkmann*, Die Körperschaftsteuer in der Zeit von 1918 bis 1929, 1987; *C. Heimann*, Die historische Entwicklung der Besteuerung der Körperschaften in Deutschland, 1952; für das britische Steuerrecht *P. Harris*, British Tax Review 2011, S. 188 ff.

¹⁷ *H. Ruppe*, Die steuerliche Doppelbelastung der Körperschaftsgewinne, 1967.

¹⁸ *H. Ruppe*, ebd., S. 55 ff.; ein Vergleich findet sich lediglich in historischer Perspektive.

¹⁹ *H. Ruppe*, ebd., S. 89 ff. und *passim*.

Einen umfassenderen Ansatz wählt *Herrmann*, indem er die Einordnung von Gesellschaften ohne Festlegung auf Personen- und Kapitalgesellschaften analysiert.²⁰ Sein Untersuchungsgegenstand ist auch in territorialer Hinsicht (Vereinigte Staaten und Deutschland) weiter als die sonstigen Arbeiten, die sich aus körperschaftsteuerlicher Sicht mit der Einordnung von Personenvereinigungen beschäftigen. Seine Zielsetzung weist jedoch keinen Zusammenhang mit den zivilrechtlichen Determinanten auf. *Herrmanns* Fokus liegt nicht auf der Entwicklung eines universell einsetzbaren Systems von Zuordnungsregelungen. Vielmehr weist er dem Rechtsvergleich eine Erkenntnisfunktion für die abkommens- und europarechtliche Bewertung der Einordnungsmechanismen zu.²¹ Ähnlich wie die Arbeit von *Herrmann* decken auch die Thematik der IFA-Kongresse von 1988 und 2014²² sowie der EATLP-Kongress von 2013²³ im Wesentlichen diesen Teilbereich ab.

Der Überblick über den Forschungsstand zeigt, dass die gewählte Themenstellung in Teilbereichen auf fundierte Erkenntnisse zurückgreifen kann, offenbart gleichzeitig aber in zweifacher Hinsicht Lücken. Zum einen wurde der persönliche Körperschaftsteuertatbestand noch nicht umfassend unter Einbeziehung der historischen Entwicklungslinien vergleichend betrachtet. Die historisch und die vergleichend ausgerichteten Untersuchungen stehen nebeneinander. Zum anderen wurden die durch den Vergleich gewonnenen Erkenntnisse bisher weder auf ihren Zusammenhang mit dem Zivilrecht untersucht noch auf die Zuordnungsregelungen einer nationalen Rechtsordnung zurückbezogen.

²⁰ *H. Herrmann*, Die Einordnung ausländischer Gesellschaften im deutschen, US-amerikanischen und europäischen Steuerrecht, 2001; einen vergleichenden Ansatz wählt auch *K. Pusill-Wachsmuth*, Der Typenvergleich zur Einordnung ausländischer Gesellschaften in das deutsche System der Einkommensbesteuerung, 2003; ausschließlich auf eine nationale Rechtsordnung konzentrieren sich *F. Zisowski*, Grenzüberschreitender Umzug von Kapitalgesellschaften, 1994; *A. Schlenker*, Gestaltungsmodelle einer identitätswahrenden Sitzverlegung von Kapitalgesellschaften über die Grenze, 1998; *C. Staringer*, Besteuerung doppelt ansässiger Kapitalgesellschaften, 1999; *H. Dinkhoff*, Internationale Sitzverlegung von Kapitalgesellschaften unter besonderer Berücksichtigung des Internationalen Gesellschaftsrechts und des Steuerrechts, 2001; *J. Sedemund*, Die Sitztheorie im Deutschen Internationalen Steuerrecht, 2004. Das Verhältnis zum Unionsrecht betrachten *T. Stewen*, Europäische Niederlassungsfreiheit und deutsches Internationales Steuerrecht, 2007, S. 356 ff.; *S. M.-C. Hochheim*, Der Typenvergleich aus europarechtlicher Sicht, 2009.

²¹ *H. Herrmann*, Die Einordnung ausländischer Gesellschaften im deutschen, US-amerikanischen und europäischen Steuerrecht, 2001, S. 203 ff., 259 ff.

²² Siehe *K. v. Raad*, Generalbericht, Cahiers de Droit Fiscal International Bd. 73a (1988) – Recognition of foreign enterprises as taxable entities, S. 113 ff.; *M. Lang / C. Staringer*, General Report, Cahiers de Droit Fiscal International Bd. 99b (2014) – Qualification of taxable entities and treaty protection, S. 17 ff.

²³ Siehe exemplarisch *R. Martini / E. Reimer*, Corporate Income Tax Subjects and EU Harmonisation, in: D. Gutmann (Hrsg.), Corporate Income Tax Subjects, 2016, S. 157 ff.

2. Methodik des Steuerrechtsvergleichs

Die Rechtsvergleichung ist eine juristische Disziplin, der sich vor allem das Zivilrecht verschrieben hat.²⁴ Die vergleichende Rechtswissenschaft auf dem Gebiet des Steuerrechts befindet sich vor allem in methodischen Fragen noch in der Anfangsphase ihrer Entwicklung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den einzelnen Steuerrechtsordnungen sind zwar angesichts des Anreizes zur Steuerermeidung im Gegensatz zu anderen Rechtsgebieten von hoher praktischer Relevanz, dies geht aber damit einher, dass sich rechtsvergleichende Literatur fast ausschließlich zu detaillierten Einzelfragen findet. Den Bedürfnissen einer praktischen Anwendung geschuldet steht eine Darstellung der steuerrechtlichen Regelungen der einzelnen Länder im Vordergrund.²⁵ Wird darüber hinaus ein Vergleich angestrebt, beschränkt dieser sich meist auf eine Gegenüberstellung der technischen Einzelheiten.²⁶

Dieses durch die Fremdrechtskunde gesammelte und durch den Textvergleich systematisierte Wissen macht das Steuerrecht in technischer Hinsicht erheblich geeigneter für einen Rechtsvergleich als andere Rechtsgebiete. Erstaunlicherweise werden diese Vorarbeiten nur zögerlich als Basis für weitergehende, an übergeordneten Zielrichtungen ausgerichtete Vergleiche und Schlussfolgerungen herangezogen.²⁷ Damit einhergehend ist eine spezielle Methodik des Rechtsvergleichs für Zwecke des Steuerrechts kaum ausgebildet. Insbesondere im deutschen Sprachraum findet – soweit ersichtlich – kaum eine Beschäftigung mit der theoretischen Konzeption der vergleichenden Steuerrechtswissenschaft statt.²⁸ Die englischsprachige Literatur beschränkt sich meist auf eine Bestandsaufnahme oder die Übernahme der im Zivilrecht – schon ungleich länger Gegenstand vergleichender Betrachtungen – verwendeten Vergleichsmethodik.²⁹ Eine an die

²⁴ Siehe grundlegend *E. Rabel*, Rheinische Zeitschrift für Zivil- und Prozeßrecht 1924, S. 279 ff.; *K. Zweigert / H. Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, 3. Aufl. 1996, S. 31 ff.

²⁵ Zu nennen sind vor allem die Länderberichte in den Tagungsbänden der *International Fiscal Association* sowie die vom *International Bureau of Fiscal Documentation* bereit gestellten *country surveys and analyses*; zur Tätigkeit des IBFD siehe *IBFD*, Annual Report 2002/2003, 2002, S. 13 ff.

²⁶ Exemplarisch *S. v. Weeghel*, General Report, Cahiers de Droit Fiscal International Bd. 95a (2010) – Tax treaties and tax avoidance: application of anti-avoidance provisions, S. 17 ff; mit diesem Befund auch *J. M. Mössner*, Why and how to compare tax law, in: C. Sacchetto et al. (Hrsg.), Introduction to comparative tax law, 2008, S. 13, 15; zum steuerlichen Textvergleich siehe auch näher unten S. 13 ff.

²⁷ Vgl. etwa die Versuche zur Bildung von Steuerrechtsfamilien bei *V. Thuronyi*, Comparative Tax Law, 2003, S. 23 ff. und *J.-C. Martinez / P. d. Malta*, Droit Fiscal Contemporain, 1989, S. 67 ff.

²⁸ Siehe aber *R. Martini*, StuW 2011, S. 18 ff.

²⁹ Eine Bestandsaufnahme stellen in den Vordergrund *M. Barassi*, Comparazione Giuridica E Studio Del Diritto Tributario Straniero, in: V. Uckmar (Hrsg.), Diritto Tributario Internazionale, 2005, S. 1499 ff.; *J. M. Mössner*, Why and how to compare tax law, in: C. Sacchetto et al. (Hrsg.), Introduction to comparative tax law, 2008, S. 13 ff.; *O. Marian*, American Journal of Comparative Law Bd. 58 (2010), S. 415; *V. Thuronyi*, Studying Comparative Tax Law, in: G. Lindencrona

Spezifika des Steuerrechts angepasste Vorgehensweise, die über die Ergebnisse des Textvergleichs hinausgehende Erkenntnisse zu liefern vermag, wurde bisher kaum in Angriff genommen.³⁰

II. Gang der Untersuchung

Als Hintergrund des eigentlichen Vergleichs ist zunächst eine theoretische Fundierung der Vergleichsmethodik auf dem Gebiet des Steuerrechts vorzunehmen (Abschnitt B.). Dabei wird in historischer Perspektive die grundlegende Dreiteilung jedes Vergleichs in Länderberichte, Textvergleich und Analyse begründet. Für den dritten Vergleichsschritt wird eine numerisch gestützte Analyseform entwickelt, die es vermag, den Zusammenhang bestimmter Regelungsteile zu den zivilrechtlichen Einflussgrößen auf einer empirisch begründeten Basis darzustellen. Das sich daraus ergebende System macht es möglich, indizielle Aussagen über die Funktionsfähigkeit bestimmter Regelungen in verschiedenen zivilrechtlichen Umgebungen zu treffen.

Darauf aufbauend werden die wesentlichen Vergleichsgrößen unter drei Aspekten definiert. Die Zielsetzung der Analyse (Abschnitt C.I.) erfordert eine präzisierende Auswahlentscheidung in Bezug auf das steuerliche Betrachtungsobjekt, die persönliche Steuerpflicht von Personenvereinigungen (Abschnitt C.II.), in Bezug auf die Einflussgrößen des Zivilrechts, welche die zivilrechtliche Umgebung typisierend abbilden (Abschnitt C.III.), und schließlich in Bezug auf die ausgewählten Rechtsordnungen: Deutschland, Niederlande und die Vereinigten Staaten (Abschnitt C.IV.).

Die aus dem methodischen Teil gewonnenen Erkenntnisse werden in einem zweiten Schritt auf die rechtsvergleichende Betrachtung der deutschen, der niederländischen und der US-amerikanischen Methoden zur Bestimmung eigenständig steuerpflichtiger Personenvereinigungen angewendet. Der Vergleich der persönlichen Steuertatbestände setzt zunächst in den einzelnen Länderkapiteln (Abschnitte D., E. und F.) eine Darstellung der gesellschaftsrechtlichen Vorbedingungen voraus, welche die Grundlage für die Auseinandersetzung mit

(Hrsg.), *International studies in taxation: law and economics – liber amicorum Leif Mutén*, 1999, S. 333 ff.; *ders.*, *Comparative Tax Law*, 2003, S. 3 ff.; *ders.*, *Tax law*, in: J. Smits (Hrsg.), *Elgar Encyclopedia of Comparative Law*, 2006, S. 709 ff. Für die Übernahme des in der zivilrechtlichen Vergleichung herrschenden Funktionalismus in den Steuerrechtsvergleich C. *Garbarino*, *Diritto Pubblico Comparato ed Europeo* 2004, S. 1059 ff.; *ders.*, *Theoretical Inquiries in Law* Bd. 11 (2010), S. 766 ff.; vgl. auch den Überblick bei R. *Martini*, *Cambridge Journal of International and Comparative Law* Bd. 3 (2013), S. 506, 509 ff. Für die Übernahme des erstmals für das römische Recht beobachteten *legal transplant* C. *Garbarino*, *American Journal of Comparative Law* Bd. 57 (2009), S. 677 ff.; *ders.*, *British Tax Review* 2011, S. 159 ff. Für die Methodik der Rechtsvergleichung auf dem Gebiet des Finanzrechts siehe S. A. *Lillo*, *Diritto e Pratica Tributaria Internazionale* 2006, S. 483 ff.

³⁰ Siehe aber für einen numerischen Ansatz R. *Martini*, *Cambridge Journal of International and Comparative Law* Bd. 3 (2013), S. 506 ff.

den steuerlichen Mechanismen bilden. Während für die beiden ausländischen Rechtsordnungen überwiegend eine betrachtende Perspektive eingenommen wird, erfüllt das deutsche Länderkapitel eine dreifache Funktion. Die vertiefte, kritische Auseinandersetzung mit den Regelungen des persönlichen Körperschaftsteuertatbestandes bildet – neben ihrem eigenständigen Aussagegehalt – zunächst den Ausgangspunkt für den nachfolgenden Rechtsvergleich, gleichzeitig ist sie aber auch die Basis für eine erste Anwendung der im weiteren Verlauf vergleichend erlangten Erkenntnisse auf nationales Recht.

Vor dem Hintergrund der Länderberichte erfolgt ein zweistufiger Vergleich der verschiedenen Einordnungsmechanismen. Der zunächst vorgenommene reine Textvergleich (Abschnitt G.I.) liefert die notwendigen Begriffsbildungen und Systematisierungen für die numerisch gestützte Vorgehensweise in Form der Elastizitätsanalyse (Abschnitt G.II.). Diese Vorgehensweise macht es möglich, den Zusammenhang der Mechanismen zu bestimmten zivilrechtlichen Einflussgrößen und deren Einfluss auf die Funktionsfähigkeit des Steuerrechts indiziell zu bestimmen. In einem letzten Schritt (Abschnitt H.) werden die Ergebnisse des Textvergleichs und der Elastizitätsanalyse auf das bereits im Länderkapitel vertiefend behandelte deutsche Recht zurückbezogen.

Sachregister

association 315

Berggewerkschaft 87, 89, 106, 115

besloten vennootschap 254, 272

Besteuerung

– transparente 39, 241

ceteris paribus 22, 41, 168

check-the-box 329, 365, 368, 377

commanditaire vennootschap 253

– *op aandelen* 266, 268, 269, 341

– *open* 273, 280

Common Core 14

common law 42

corporation 301, 316

– *close* 305

– *per-se* 331, 348, 363

– *S-corporation* 334, 354, 362, 364

Deutscher Bund 88

Differential 20

Einflussgröße 24

Elastizität

– Bogenelastizität 20

– proportionale 28

– Punktelastizität 20

– vollkommene 21

– wirtschaftswissenschaftliche 19

Erwerbsgesellschaft 98, 100

Funktionalismus 14, 23

general partnership 293

Genossenschaft 38, 87, 89

Gesellschaft

– Aktiengesellschaft 59

– bürgerlichen Rechts 49

– GmbH & Co. KG 48

– Kolonialgesellschaft 106, 115

– Kommanditgesellschaft 55

– Kommanditgesellschaft auf Aktien
65, 210

– mit beschränkter Haftung 63

– offene Handelsgesellschaft 53

– Partnerschaft 58

– Scheinauslandsgesellschaft 81

– *societas europaea* 61

– unechte Vorgesellschaft 126

– Unternehmergesellschaft 64

– Vorgesellschaft 67, 120, 231, 278, 288

Gesetzgeber

– als Adressat der Rechtsvergleichung
22, 30

Gründungstheorie 38, 43, 76, 132,
259, 419

Hinzurechnungsbesteuerung 23

Indikatoren

– quantitative 18

Intermediär 39

International Fiscal Association 13

joint-stock company 307, 316, 318

Kapitalgesellschaft

– mit einem Gesellschafter 38, 63, 421

legal transplant 23

limited liability company 306

limited liability limited partnership 300

limited liability partnership 298

limited partnership 295

maatschap 250

– *op aandelen* 268

Missbrauchsregeln

– allgemeine 23

Mitunternehmerinitiative 247, 359

Mitunternehmerisiko 246, 359

- Mitunternehmerschaft 241, 272
 – faktische 243
- naamloze vennootschap* 257, 272
- Nettoprinzip
 – objektives 18
- Niederlassungsfreiheit 75, 149
- partnership*
 – *publicly traded* 335, 349, 364, 367
- Personenvereinigung
 – Definition 36
 – hybride 40, 284
 – nichtrechtsfähige 96, 101, 159, 222
- Rechtsrezeption 23
- renvoi* 75
- Satzungssitz 76
- Sitztheorie 43, 75, 133, 224
 – verbliebener Anwendungsbereich 80
- Statut
 – Identität des 163
 – Vergleich des 163, 371
- Stiftung 38, 101, 102
- Thesaurierungsbegünstigung 85, 260
- trust* 38, 217
- Typenvergleich 41, 105, 111, 113, 164, 371, 421
 – echter 136, 244
 – unechter 223
- ultra vires* 145
- Variable
 – abhängige 22, 36
- vennootschap onder firma* 251
- Veränderungen
 – Anpassungen 26
 – endogene 26
 – Ersetzungen 27
 – exogene 26
- Verein
 – Abgrenzung zur Gesellschaft 73, 82, 109, 232
 – nichtrechtsfähiger 70, 108, 129, 159, 170, 222, 234, 239, 417
 – Personenverein 93
 – rechtsfähiger 69
 – wirtschaftlicher 69, 72, 234
- vereniging* 257, 267, 273
 – Abgrenzung zur *maatschap* 258
- Versailler Vertrag 12
- Verwaltungssitz 43
 – Verlegung des 74, 81
- Völkerbund 13, 30